„Gleichheit ist der beste Prüfstein zur Unterscheidung zwischen einem echten Sozialisten und einer nur treuherzig entrüsteten Seele, die Mitleid mit den Armen hat.“

(George Bernard Shaw,
Der Sozialismus und die Natur des Menschen)

Liebe Leserinnen und Leser,

„das Soziale“ ist wichtig, das wissen alle. Es darf auf keinen Fall vergessen werden, jedenfalls nicht ganz. So hat dann die CDU ihren Nobbi Blüm, die SPD besteht irgendwie auf den sozialen Ausgleich und selbst die FDP entdeckt mitunter den mitfühlenden Liberalismus. Bei der LINKEN geht’s in der Regel nochmals besonders „sözial“ zu, vor allem „nach dör Wahl“. Und das nicht ohne Grund: Ist sie doch regelmäßig „nach dör Wahl“ von der Exekutive ausgeschlossen, so dass es also nicht recht drauf ankommt. Und wenn doch – naja, das ist ein weites Feld.

Uns geht es aber in dieser Ausgabe genau darum, um „das Soziale“. Nicht allerdings als notwendiger Abklatsch der „eigentlichen“ Politik, also der, die die herrschende gesellschaftliche Strömung gerade als Zweck für sich erkannt hat: die Stärkung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit, des Technologietransfers, der inneren Sicherheit, der Effektivierung der Abschottung, der gelegentlichen Kriegsführung gegen andere Staaten. Uns geht es um die „neue soziale Idee“. Die Funktion des Sozialstaats als Korrektiv „eigentlicher“ Politik, einträchtig betont von Christen-Nobbi bis Sozialisten-Gysi, ist daher ausdrücklich nicht Gegenstand dieser Ausgabe. Sondern uns geht es um den Sozialstaat als Zweck. Stefan Lessenich zeichnet dessen Ambivalenz und macht Vorschläge für eine Emanzipation des Sozialen vom bisher „Eigentlichen“ der Politik. Dietmar Dath ergänzt, weshalb es kaum lohnt, Sandra Bullock nicht nur von Jesse G. James, sondern auch von ihren 20 Millionen jährlichen Einnahmen zu befreien. Die Produktivitätskriterien der Besitzenden niemals zu akzeptieren, rät er vielmehr den Besitzlosen. Voilà, die Redaktion macht dazu sechs Vorschläge: Ökobonus, EU-Sozialklausel, Staatsbürgerschaft nach Geburtsort, Arbeitszeitverkürzung und Einkommenskorridor sowie ein Urheberrecht, das in fünf Jahren abschmilzt. Ob das für eine „neue soziale Idee“ der LINKEN reicht?

Shitstormt uns dazu: Brauchen wir eigentlich noch Unterhalt? Wir haben wieder gretchengefragt und selbst sind wir uns darin nicht einig. Also schreibt, doodelt, twittert, leaked und facebookt uns Eure Meinung! Denn in Zeiten, in denen, wie Kolumnist Schaarschmidt schreibt, bis auf die CDU alle Parteien irgendwie Piraten sind, sind ja jedwede Modi menschlicher Bedürfnisse partizipativ. Doch wir wollen es wirklich wissen.

Wollt ihr es wiederum wissen, testet Euch: „Wie sözial bist Du?“ Und keine Angst: Wenn Du „gar nüscht sözial“ bist, dagegen die Christen-Nobbi-Imitation aus Deinem Freundeskreis „irgendwie“ oder gar „sehr sözial“ ist, hast Du eigentlich auch nichts falsch gemacht. Denn eine Gesellschaft, in der Sandra Bullock einmal jährlich eine Million zum Zweck der Befreiung ihres schlechten Gewissens an diverse Erdbeben- und Tsunami-Opfer in den kapitalistischen Hinterhöfen spendet, darf am Ende nicht gewinnen. Wir bleiben dran.

Eure Redaktion

inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt: Neue soziale Idee

04 Gretchenfrage
Wie hältst du's mit dem Unterhalt?

06 **Dietmar Dath:** Für die, denen die Welt nicht gehört
Zehn fortschrittliche Forderungen an die Besitzlosen

10 Schwärmen für die neue soziale Idee!
Thesen der prager-frühling-Redaktion

14 **Stephan Lessenich:** Edel, hilfreich und gut
Emanzipation im Sozialstaat – (wie) geht das?

18 **Christina Kaindl:** Strike debt?
Handlungsmacht in der Krise

20 Malen nach Zahlen
Fakten zum Wandel der Erwerbsarbeitswelt

22 **Mark Wagner und Tobias Schulze:** Ein Weg nach Andererseits
Open Science – Vorbote der neuen Commons-Kultur

24 **Lena Kreck:** Roter Dresscode: gelber Helm zum Blaumann
Die neue soziale Idee in linken Wahlkämpfen

26 **Matthias Vernaldi:** Das Prinzip Almosen
Emanzipation in der Behindertenpolitik wird vom Kostendiktat erstickt

28 Werkzeugkasten
Beispiele einer neuen sozialen Idee

30 **Brigitte Aulenbacher:** Sorgearbeit im Gegenwartskapitalismus
Die Krise gesellschaftlicher Reproduktion

32 **Ronald Blaschke:** Unterhaltsprinzip? Abschaffen!
Plädoyer für eine neue Idee der Subsidiarität

34 **Thomas Seibert:** Was tun?
Zwischenbilanz auf kurze Sicht

Feminismen

36 **Katja Kipping:** Zur Organisationsfrage
Verbindlichkeit – ein Gewinn für feministische Kämpfe

38 So entsteht Verbindlichkeit
Interview mit Gabi Ohler

40 Kann es einen FDP-Feminismus geben?
Interview mit Steffi Lohaus

42 Selbstermächtigung organisieren!
Radikale queer_feministische Praxis und Theorie

Europa

44 **Christina Ujma:** Radikalrenaissance oder Selbstdemontage?
Italiens Linke nach Berlusconi

46 **Mark Wagner:** Ha, ha!
It's the economy, stupid!

Leckerbissen

48 **Uwe Schaarschmidt:** Shitstorm in der Unterhose
Binnenkonjunktur und Blödheit

49 In & Out

50 **Caren Lay:** Innenansichten des Patriarchats
Über Männerbund, Frauentausch und Countersexismus

52 **Stefan Gerbing:** Im Land der Frühaufsteher
Rezension

54 Wie sözial bist du?
Der prager-frühling-Test

strike debt?

Handlungsmacht in der Krise

Christina Kaindl

ist leitende Redakteurin der Zeitschrift „Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis“.

Die gesetzlichen Regelungen von Streiks sind in Deutschland so restriktiv wie sonst in keinem anderen (einigermaßen demokratischen) Land. Dass politische Themen ausgeschlossen sind, Streiks auf ihre Rolle in eng regulierten Tarifverhandlungen beschränkt sind, hat nachhaltig geprägt, was die meisten Menschen hier unter Streik verstehen. Erinnerungen an gewonnene Kämpfe gibt es kaum: Seit die Industriegewerkschaften durch die Globalisierung mit Standortkonkurrenz und Offshoring unter Druck sind, sind die Strategien so sehr auf (Rückzugs-)Verhandlungen gerichtet, dass kaum noch an machtvolle und erfolgreiche Streiks gedacht wird – wie solche um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in den 1950er Jahren, die Durchsetzung der 35-Stunden Woche in den 1980ern, und die vielen Kämpfe, die die Kopplung von Löhnen und Profiten erst in die Wirklichkeit gebracht haben. Eher noch ist das Debakel des Streiks für eine 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland (2003) präsent. „Dass du dich wehren musst, wenn du nicht untergehen willst, wirst du doch einsehen“ (Brecht), ist vielfach Resignation und Ohnmachtgefühlen gewichen. Die Lohnzurückhaltung der großen Gewerkschaften hat den riesigen Niedriglohnsektor ermöglicht, der mit der Agenda 2010 eingerichtet wurde.

Streiks sind nicht (an sich) revolutionär: Marx fasst sie als eine Form, in der das Verhältnis von Kapital und Arbeit austariert wird. Der Wert der Ware Arbeitskraft bemisst sich wie der jeder Waren an den gesellschaftlich durchschnittlichen Kosten ihrer (Re-)Produktion. Doch das klingt nur einfach: Was ist notwendig, um Arbeitsfähigkeit der Menschen herzustellen, aufrecht zu erhalten, wie wird der gesellschaftliche Durchschnitt festgestellt? Das

> *„Mag Streik nicht an sich revolutionär sein, in jedem Fall wird darin Wichtiges gelernt: dass die Welt nicht untergeht, wenn man was riskiert.“*

bemisst sich nicht an Kalorientabellen, sondern ist Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungen, Klassenkampf sagte man dazu. Zeit zum Lesen, Ausruhen, Reisen, Teilhabe an Kultur und Wissensproduktion, Schwimmbad und Wellness (früher: Sportverein, Massagen auf Rezept) – ohne das lässt es sich nicht gut arbeiten. Der Kampf geht auch um den „sozialen Lohn“: soziale Infrastruktur, Wohlfahrtsstaat. Ob das Schwimmbad umsonst ist oder von meinem Gehalt abgeht, ob es einen Rechtsanspruch auf freie Kindertagesstätte gibt oder ob die Kinderbetreuung privat finanziert werden muss – all das sind Fragen, die den Wert der Arbeitskraft betreffen, und sind gleichzeitig fein säuberlich in die politische Sphäre sortiert worden, wo sie dem Kampfmittel des Streiks entzogen sind. Streik ist ein mächtiges Mittel, – „alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“ – um für die Forderungen nach einem guten Leben Druck zu machen. Politische Streiks würden diese Fragen in die Arbeitskämpfe ziehen. Dorthin, wo in der Industrie zumindest das Druckpotenzial am höchsten ist. Daher die Forderungen nach einem „Recht auf politischen Streik“ (vgl. http://politischer-streik.de).

Mag Streik nicht an sich revolutionär sein, in jedem Fall wird darin wichtiges gelernt: dass die eigenen Interessen legitim sind; dass angebliche Sachzwänge verändert werden können; dass sich gemeinsam zu organisieren Kräfte freisetzt; dass die Welt nicht untergeht, wenn man was riskiert. Von der Streikkultur der Gewerkschaften hängt dann auch ab, was konkret gelernt wird: dass es auf die Betroffenen nur solange ankommt, bis in der Zentrale entschieden wird? Oder dass „große Entscheidungen“ auch von „kleinen Leuten“ getroffen werden können?

Der Streik im Öffentlichen: Erfahrungen von ver.di Stuttgart

Der Kampf gegen die Entwertung von Arbeit und den Diebstahl an Lebensqualität kann auch in andere Felder, in andere Lebensrealitäten getragen werden und dort die gleichen Erfahrungen vermitteln: dass es möglich ist, sich zu wehren; dass die Qualifizierung für die richtigen Forderungen, für eine bessere, solidarische Organisation des Lebens bei den Vielen liegt, die dieses Leben jeden Tag erzeugen. Die aktive, demokratische Streikkultur, wie sie bei ver.di Stuttgart praktiziert wird, hat etwa dazu beigetragen, das Bild der „schwer mobilisierbaren“ Angestellten im Handel – viele junge Frauen mit Migrationshintergrund – zu wandeln.*1 Der Streik war verbunden mit Demonstrationen, mit der Besetzung des öffentlichen Raums – selbst der demonstrationsfreien zentralen Einkaufsstraße – und die Streikenden haben jeden zweiten Tag aufs Neue über die Fortführung des Streiks entschieden. Sie machen damit Erfahrungen von kollektiver Selbstbestimmung (zumindest bis die bundesweiten Verhandlungsergebnisse präsentiert werden); in folgenden Auseinandersetzungen war die Bereitschaft größer, sich auf Konfrontationen einzulassen.

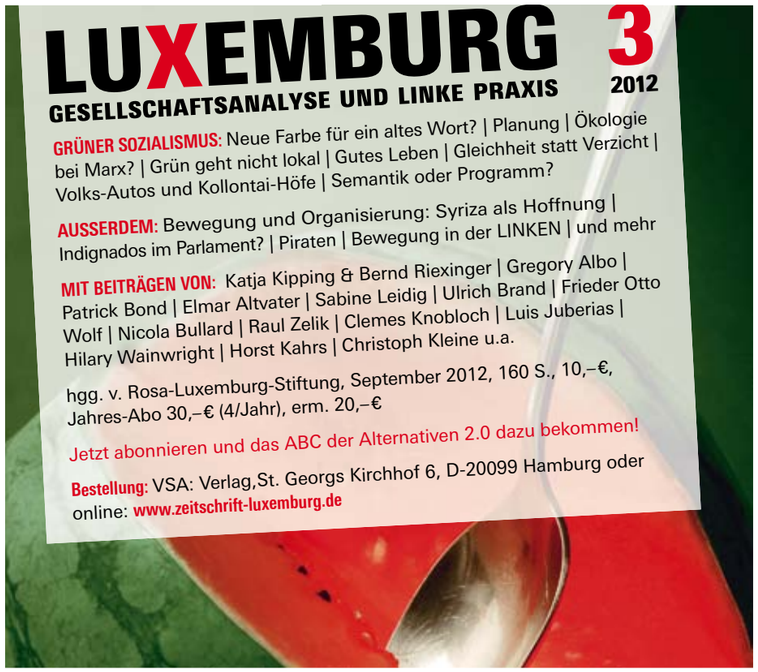
> *„Der Kampf gegen den Diebstahl an Lebensqualität kann auch in andere Felder getragen werden.“*

Die europäische Krisenpolitik unter Merkels Federführung ist ein Angriff auf die Reste europäischer Demokratie. Und sie ist ein neuer Anlauf, das Verhältnis von Kapital und Arbeit zu verschieben, den „gesellschaftliche Durchschnitt“ zu drücken – z.B. nur einen Tag pro Woche zur Reproduktion zu haben. Mit der Krisenpolitik sind Verweigerung und Konfrontation zurückgekehrt: Verschiedene „Wir-zahlen-nicht“-Bewegungen, etwa die Verweigerung in Griechenland Sondersteuern und Mautgebühren zu zahlen, und Aufrufe, die Zahlung von privaten Schulden (Kreditkarten, Studiendarlehen etc.) zu verweigern, verbinden sich mit Forderungen nach Schuldenschnitt und neuen Formen internationaler Solidarität.*2 Alltägliche Krisen und die Vielfachkrise kommen zusammen. Schuldenpolitik ist Klassenkampf von oben und in vielen alltäglichen Streiks wird Handlungsmacht zurückgewonnen: Strike debt!

> *„Sie machen damit Erfahrungen von kollektiver Selbstbestimmung.“*

*1 Bernd Riexinger, 2011: Neue Streikkultur. Praxisbeispiele aus Stuttgart, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 4, S. 52-57.

*2 siehe etwa http://bit.ly/RDsFah Griechische Kampagne für einen Schuldenschnitt, Luxemburg 1-2012, S. 34ff.



Anzeige

Bei Abschluss eines Jahresabos erhalten Sie eines der folgenden Bücher als Prämie:

Manuel Castells: Kampf in den/Städten Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht/Mit einem Vorwort von Andrej Holm

Wie entstehen soziale Bewegungen in Städten, und wie lassen sich die oft sehr spezifischen Kämpfe in fortschrittlicher Weise verallgemeinern? Anhand von exemplarischen Fällen erforscht Castells die innere Struktur städtischer Kämpfe sowie Strategien der Integration durch die Herrschenden.

David Harvey: Marx' „Kapital" lesen

Ein Glücksfall für die Marx-Rezeption im 21. Jahrhundert: Der weltweit bekannte marxistische Wissenschaftler David Harvey führt durch den klassischen Text zur Kritik der politischen Ökonomie. Hervorgegangen aus seinen Vorlesungen, denen große internationale Aufmerksamkeit zuteil wurde, macht dieser Band seine Lektionen einem breiteren Publikum zugänglich.

JARICOMIC: Das Kapital für Anfängerinnen und Anfänger

„Zu schwer, zu dick und keine Bilder!" Diese Begründung für die Nicht-Beschäftigung mit Karl Marx' Hauptwerk galt schon 1980 nicht mehr, als Jari einen „Einstiegscomic" entwarf. Auch die gezeichnete Variante erfüllt alle Anforderungen an einen Klassiker.

... weitere Aboprämien auf:
www.prager-fruehling-magazin.de

Freiheit und Sozialismus abonnieren

Das Magazin **prager frühling** erscheint drei Mal im Jahr.
Am besten gleich jetzt abonnieren!

☐ Ich schließe ein Jahresabonnement (15,00 € für drei Ausgaben) ab.

☐ Ich schließe ein Soliabonnement zu _____ €
(mindestens 30,00 € für drei Ausgaben) ab.

☐ Ich schließe ein Auslandsabonnement (22,00 € für drei Ausgaben) ab.

Ein Abonnement verlängert sich automatisch, sofern es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres gekündigt wurde.

Name

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort

E-Mail

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, das von mir zu zahlende Entgelt bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos, Nr. _____, bei der (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstitutes) _____ Bankleitzahl (BLZ) _____ mittels Lastschrift einzuziehen.
Diese Ermächtigung gilt vom _____ an.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht ausweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes (s. o.) keine Verpflichtung zur Einlösung.
Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden.

Datum _____ Unterschrift _____

Senden an: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg. Abonnements können auch über die Website www.prager-fruehling-magazin.de abgeschlossen werden.

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum und Unterschrift

15

prager frühling

* NR. 15 ERSCHEINT IM FEBRUAR 2013

prager frühling
* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

ISSN 1866-5764, Nr. 14/Oktober 2012, 5 Euro
www.prager-fruehling-magazin.de

Spenden für das Magazin bitte auf das Konto des Vereins:
Freundinnen und Freunde des Prager Frühlings e.V.
Konto-Nr. 660 309 9878, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00